

Ergebnisprotokoll Schlossgespräche 2025

18. September | Schloss Glücksburg

Veranstalter:

- Handwerkskammer Schleswig-Holstein
- Region Sønderjylland-Schleswig
- IHK Flensburg

Die Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Grenzregion ist beispielhaft. Dennoch zeigt die Praxis immer wieder, dass die Grenze auch zu Begrenzungen führt. Daran wollen wir rütteln. Im deutsch-dänischen Kontext haben rund 70 Experten aus Deutschland und Dänemark konkrete Herausforderungen besprochen, pragmatische Lösungen gefunden und dabei voneinander gelernt.

Fachforum Mobilität: Entsendung von Drittstaatsangehörigen

Sowohl für ausländische Dienstleister, die Mitarbeiter nach Dänemark entsenden, als auch für Einzelunternehmer aus der Baubranche besteht eine Meldepflicht im dänischen RUT-Register. Dänemark verschärft ab Januar 2026 die Meldepflicht für entsandte Drittstaatsangehörige. Dann müssen ausländische Unternehmen, die Drittstaatsangehörige nach Dänemark entsenden, bei der Meldung im dänischen RUT-Register Kopien des Vertrags mit ihrem dänischen Kunden, Arbeitsverträge sowie Kopien der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse der Drittstaatsangehörigen hochladen.

Drittstaatsangehörige können aus Dänemark bis zu 90 Tage nach Deutschland entsandt werden, ohne eine weitere Erlaubnis zu benötigen, wenn sie über eine Daueraufenthaltserlaubnis EU verfügen. Ab dem 91. Tag ist ein Vander Elst-Visum erforderlich. Ohne eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt EU, d.h. mit einem „regulärem“ dänischen Aufenthaltstitel wird ab Tag 1 der Entsendung ein Vander Elst-Visum benötigt.

Dänemark stellt keine Vander Elst-Visa aus. Drittstaatsangehörige, die nach Dänemark entsandt werden müssen für einen Aufenthalt von mehr als 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen in Dänemark eine Aufenthaltskarte/Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Werden Zeitarbeitskräfte überlassen, muss eine Arbeitserlaubnis beantragt werden. Die Entsendung zwischen zwei Unternehmen innerhalb desselben Konzerns gilt grundsätzlich ebenfalls als Leiharbeit.

Dänemark hat die EU-Verordnung für Drittstaatsangehörige ([VO \(EU\) Nr. 1231/2010](#)) nicht ratifiziert. Damit erhalten Drittstaatsangehörige, die aus Dänemark oder Deutschland ins jeweilige Nachbarland entsandt werden, keine A1-Entsendebescheinigung. Die A1-Bescheinigung dient dem Nachweis, dass für den Zeitraum der Entsendung weiterhin das Sozialversicherungsrecht des Wohnsitzstaates gilt. Bei der Entsendung über die Grenze gilt für Drittstaatsangehörige daher grundsätzlich das ausländische Sozialversicherungsrecht, woraus eine Versicherungspflicht in dem Land, in das sie entsandt werden, folgt. Der Drittstaatsangehörige muss sich in Dänemark dann an folgende Institutionen wenden: Gemeinde (Krankengeld), ATP (lebenslange Rente), Arbeitsunfallbehörde (Arbeitsunfallversicherung), Udbetaling Danmark (Familienleistungen, Kinderzuschüsse, Mutterschaftsgeld, internationale Krankenversicherung). Ob ATP-Beiträge gezahlt werden können, wenn der Drittstaatsangehörige weniger als sechs Monate in Dänemark tätig ist, blieb strittig.

Auf Grund eines bilateralen Abkommens zwischen Deutschland und Dänemark aus dem Jahr 1954 erhalten türkische Staatsangehörige A1-Entsendebescheinigungen mit einem gesonderten Vermerk für

einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten. Für britische Staatsangehörige, die nicht unter das Austrittsabkommen fallen, kann eine Doppelversicherung vermieden werden, da für diese Konstellation das alte deutsch-dänische Abkommen über Soziale Sicherheit greift. Kann auf Grund der Drittstaatsangehörigkeit keine A1-Bescheinigung ausgestellt werden, ist nach deutschem Recht eine Prüfung der Einstrahlung vorzunehmen. Sollten die Voraussetzungen für eine Einstrahlung nach Deutschland vorliegen, wird die nach Deutschland entsandte Person nicht sozialversicherungspflichtig in Deutschland und es sind keine Beiträge zur Krankenversicherung abzuführen.

Verantwortlich: Sybille Kujath (Handwerkskammer Lübeck, skujath@hwk-luebeck.de) und Andrea Zigahn (Handwerkskammer Flensburg, a.zigahn@hwk-flensburg.de)

Fachforum: Cross Border Panel

Im Fachforum Cross Border Panel beschäftigten sich die Teilnehmer mit der Arbeit mit Mobilitätsbarrieren im Cross Border Panel. Hierunter welche Werkzeuge genutzt werden, um Mobilitätsbarrieren zu lösen und wie die bisherige Herangehensweise und Kommunikation mit Behörden und Ministerien ausgesehen hat. Gleichzeitig wurden zukünftige Möglichkeiten und Initiativen betrachtet, die für die Arbeit im Cross Border Panel genutzt werden könnten. Alle Teilnehmer bekamen hierbei den gleichen Wissensstand bezüglich des Status der Arbeit mit Mobilitätsbarrieren im Cross Border Panel. Generell waren die Teilnehmer sich darüber einig, dass es für die zukünftige Arbeit mit Mobilitätsbarrieren wünschenswert wäre, die Kommunikation mit zuständigen Behörden und Ministerien noch zielgerichteter in Bezug auf die Verantwortlichkeit gestalten zu können. Für die zukünftige Arbeit mit Mobilitätsbarrieren wird der Fokus auf eine weiterführende Beurteilung und Kategorisierung der bereits identifizierten Mobilitätsbarrieren in Bezug auf die Lösbarkeit gelegt. Somit sollen die Mobilitätsbarrieren identifiziert werden, die nicht durch die Arbeit im Cross Border Panel gelöst werden können bzw. nicht auf andere Weise gelöst werden können, hierunter auch Mobilitätsbarrieren, die zur Klärung bei der EU-Kommission liegen. Gleichzeitig werden die Mobilitätsbarrieren identifiziert, mit denen das Cross Border Panel weiterarbeiten soll und bei denen Aussicht auf eine Lösung durch die Arbeit des Cross Border Panels besteht. Die Mobilitätsbarrieren, die nicht gelöst werden können, werden nicht weiterbearbeitet, um die Ressourcen sinnvoll zu nutzen.

Verantwortlich: Peter Hansen (Region Sønderjylland-Schleswig, ph@region.dk)

Fachforum Wirtschaftsbericht: „Die Grenzregion in Zahlen: Deutsch-Dänischer Wirtschaftsbericht“

Das von der IHK Flensburg organisierte Fachforum thematisierte die Notwendigkeit eines grenzüberschreitenden Wirtschaftsberichts für die deutsch-dänische Grenzregion. Drei Impulsvorträge boten unterschiedliche Perspektiven: Dr. Klaus Schrader (IfW Kiel) stellte die wirtschaftlichen Schwankungen der Region heraus und empfahl einen Bericht mit festen und flexiblen Komponenten. Marie Feunteun-Schmidt (INFO-Institut) zeigte ein Beispiel aus der Großregion Luxemburg, während Kasper Westh (Region Syddanmark) aktuelle Zahlen des dänisch-deutschen Barometers präsentierte.

Im Anschluss wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet, die zentrale Zielsetzungen und Inhalte des Berichts erarbeiteten. Ziel ist ein Bericht, der zur Vermarktung und politischen Sichtbarkeit der Region beiträgt. Die geografische Fokussierung liegt auf Sønderjylland und dem nördlichen Schleswig-Holstein. In einem kreativen Prozess wurden negative Aspekte identifiziert und in positive Merkmale umgewandelt, wie etwa die starke Infrastruktur, wirtschaftliche Vielfalt, F&E-Potenziale und hohe Lebensqualität.

Einigkeit bestand darüber, dass der Bericht regelmäßig, mehrsprachig (DE/DK/EN) und modern aufbereitet erscheinen soll. Die IHK Flensburg koordiniert die nächsten Schritte; ein erster Entwurf wird für Ende des 1. Quartals 2026 erwartet.

Verantwortlich: Mette Lorentzen (IHK Flensburg, mette.lorentzen@flensburg.ihk.de) und Nenja Laubach (IHK Flensburg, Nenja.Laubach@flensburg.ihk.de)

Referat af Slotsdialogen 2025

18. september 2025 | Lyksborg Slot

Arrangører:

- Handwerkskammer Schleswig-Holstein
- Region Sønderjylland-Schleswig
- IHK Flensburg

Samarbejdet i den tysk-danske grænseregion er eksemplarisk. Ikke desto mindre viser praksis gang på gang, at grænsen også fører til begrænsninger. Det vil vi gerne forsøge at ændre. I den dansk-tyske kontekst drøftede omkring 70 eksperter fra Tyskland og Danmark konkrete udfordringer, fandt pragmatiske løsninger og lærte af hinanden.

Mobilitetsforum: Udstationering af tredjelandstatsborgere

Når udenlandske tjenesteudbydere, der udstationerer medarbejdere til Danmark, og enkeltmandsvirksomheder inden for byggebranchen er de forpligtet til at registrere sig i det danske RUT-register. Fra januar 2026 skærper Danmark registreringspligten for udstationerede tredjelandstatsborgere. Derefter skal udenlandske virksomheder, der udstationerer tredjelandstatsborgere til Danmark, ved anmeldelsen til det danske RUT-register uploade kopier af kontrakten med deres danske kunde, ansættelseskontrakter samt kopier af tredjelandstatsborgernes opholds- og arbejdstilladelser.

Tredjelandstatsborgere kan udstationeres fra Danmark til Tyskland i op til 90 dage uden at skulle have en yderligere tilladelse, hvis de har en EU-opholdstilladelse. Fra den 91. dag kræves der et Vander Elst-visum. Uden en EU-opholdstilladelse, dvs. med en »almindelig« dansk opholdstilladelse, kræves der et Vander Elst-visum fra den første dag af udstationeringen. Visumet ansøges i den tyske ambassade i København.

Danmark udsteder ikke Vander Elst-visa. Tredjelandstatsborgere, der udstationeres til Danmark, skal ansøge om et opholdskort/opholdstilladelse, hvis de skal opholde sig i Danmark i mere end 90 dage inden for en periode på 180 dage. Hvis der udstationeres vikarer, skal der ansøges om en arbejdstilladelse. Udstationering mellem to virksomheder inden for samme koncern betragtes i princippet også som vikararbejde.

Danmark har ikke ratificeret EU-forordningen for tredjelandstatsborgere ([VO \(EU\) Nr. 1231/2010](#)). Det betyder, at tredjelandstatsborgere, der udstationeres fra Danmark eller Tyskland til det respektive naboland, ikke modtager en A1-udstationeringsattest. A1-attesten tjener som bevis for, at socialsikringslovgivningen i bopælslandet fortsat gælder for udstationeringsperioden. Ved udstationering på tværs af grænsen gælder derfor i princippet udenlandsk socialsikringslovgivning for tredjelandstatsborgere, hvilket medfører en forsikringspligt i det land, de udstationeres til. Tredjelandstatsborgere skal i Danmark henvende sig til følgende institutioner: Kommunen (sygedagpenge), ATP (livslang pension), Arbejdsskadeforsikringen (arbejdssulykkesforsikring), Udbetaling Danmark (familieydelse, børnetilskud, barselsydelse, international sygeforsikring). Det var omstridt, om der kan betales ATP-bidrag, hvis tredjelandstatsborgeren arbejder mindre end seks måneder i Danmark.

På grundlag af en bilateral aftale mellem Tyskland og Danmark fra 1954 modtager tyrkiske statsborgere A1-udstationeringsattester med en særlig bemærkning for en periode på op til seks måneder. For britiske statsborgere, der ikke er omfattet af udtrædelsesaftalen, kan dobbeltforsikring undgås, da den gamle tysk-danske aftale om social sikring finder anvendelse i denne situation. Hvis der ikke kan udstedes en A1-attest på grund af tredjelandstatsborgerskab, skal der i henhold til tysk lov foretages en vurdering af udstationeringen. Hvis betingelserne for udstationering til Tyskland er opfyldt, er den udstationerede person ikke socialforsikringspligtig i Tyskland, og der skal ikke betales bidrag til sygesikringen.

Ansvarlig: Sybille Kujath (Handwerkskammer Lübeck, skujath@hwk-luebeck.de) og Andrea Zigahn (Handwerkskammer Flensburg, a.zigahn@hwk-flensburg.de)

Fagforum Grænsepanel

I fagforum Grænsepanel beskæftigede deltagerne sig med arbejdet med mobilitetsbarrierer i Grænsepanelet. Herunder hvilke værktøjer der anvendes for at løse mobilitetsbarrierer og hvordan den hidtidige fremgangsmåde og kommunikation med myndigheder og ministerier har set ud. Samtidig blev der set på fremtidige muligheder og initiativer, der kunne bruges for arbejdet i Grænsepanelet. Alle deltagere fik herved samme vidensniveau angående status for arbejdet med mobilitetsbarrierer i Grænsepanelet. Generelt var deltagerne enige om, at det vil være ønskeligt for det fremtidige arbejde med mobilitetsbarriererne at kommunikationen med kompetente myndigheder og ministerier blev endnu mere målrettet ift. ansvarligheden. For det fremtidige arbejde med mobilitetsbarrierer vil der blive fokuseret på at vurdere og kategorisere de allerede identificerede mobilitetsbarrierer yderligere ift. hvorvidt de vurderes at kunne løses. Hermed skal de mobilitetsbarrierer identificeres der ikke kan løses via arbejdet i Grænsepanelet hhv. ikke kan løses på anden vis, herunder også mobilitetsbarrierer der ligger hos EU-kommissionen for at blive afklaret. Samtidig identificeres de mobilitetsbarrierer som Grænsepanelet skal arbejde videre med og hvor der er udsigt til løsning igennem Grænsepanelets arbejde. De mobilitetsbarrierer, der ikke kan løses, bearbejdes ikke yderligere, for at bruge ressourcerne hensigtsmæssig.

Ansvarlig: Peter Hansen (Region Sønderjylland-Schleswig, ph@region.dk)

Fagforum erhvervsrapport: „Grænseregionen i tal: Tysk-dansk erhvervsrapport“

Det faglige forum, organiseret af IHK Flensburg, omhandlede behovet for en grænseoverskridende erhvervsrapport for den tysk-danske grænseregion. Tre oplæg gav forskellige perspektiver: Dr. Klaus Schrader (IfW Kiel) pegede på de økonomiske udsving i regionen og anbefalede en rapport med både faste og fleksible elementer. Marie Feunteun-Schmidt (INFO-Institut) præsenterede et eksempel fra Større Region omkring Luxembourg, mens Kasper Westh (Region Syddanmark) fremlagde aktuelle tal fra det dansk-tyske barometer.

Efterfølgende blev to arbejdsgrupper dannet, som arbejdede med rapportens centrale målsætninger og indhold. Målet er en rapport, der kan anvendes til markedsføring og politisk synliggørelse af regionen. Det geografiske fokus ligger på Sønderjylland og det nordlige Slesvig-Holsten. I en kreativ proces blev negative aspekter identificeret og vendt til positive karakteristika såsom stærk infrastruktur, økonomisk mangfoldighed, F&U-potentiale og høj livskvalitet.

Der var enighed om, at rapporten bør udgives regelmæssigt, være flersproget (DE/DK/EN) og præsenteres i et moderne format. IHK Flensburg koordinerer de næste skridt; et første udkast forventes at være færdig i slutningen af 1. kvartal 2026.

Ansvarlig: Mette Lorentzen (IHK Flensburg, mette.lorentzen@flensburg.ihk.de) und Nenja Laubach (IHK Flensburg, Nenja.Laubach@flensburg.ihk.de)